



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

177/III/257 - 4.11.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 039890

Zum Stand des Saargospräches	S. 1
Die Verhandlungen über den Suez-Kanal	S. 3
Die Forderungen der SPD in Berlin	S. 5
Bedenkliche Regierungsvereinfachung in NRW	S. 6

Saar und europäische Partnerschaft

(sp) Vier Jahre lang hat es die Bundesregierung versäumt, den von Frankreich an der Saar geschaffenen Tatsachen mit einer aktiven deutschen Politik entgegenzutreten. Wo die klare Vertretung der am 2. Juli vom Bundestag bestätigten Grundsätze notwendig war, gab es nur "Mißverständnisse" und Passivität. Die verfassungsmäßige Verpflichtung, für die demokratischen Freiheiten auch der Deutschen an der Saar einzustehen, wurde nicht erfüllt. Der Bundeskanzler versprach zwar vor dem Bundestag, gerade diese Frage im Rahmen des Ministerrates des Europa-Rates anzuschnoiden, aber bis heute ist das nicht geschehen.

Wir stehen der Tatsache gegenüber, daß die laufenden Saarge-spräche ihren Ausgangspunkt nicht in dem Willen der Bundesregierung haben, endlich die politische mit der rechtlichen Situation in Einklang zu bringen, sondern wieder einmal die französische Politik Zeitpunkt und Rahmen der Saarge-spräche bestimmt. Mit anderen Worten: Nicht weil sich an der Saar der Geist der Solidarität des freien Europas beweisen und nicht weil die Bundesregierung am Beispiel der Saar ihren Willen zur Wiedervereinigung des ganzen Deutschlands verwirklichen will, sondern weil Paris die Anerkennung der gegebenen Situation zur Voraussetzung für die Diskussion über Ja oder Nein zum EVG-Vertrag gemacht hat, wird gegenwärtig über die Saar verhandelt.

Als "Preis" für die Zustimmung zu Verträgen, die der Bundes-

republik weder Sicherheit noch Gleichberechtigung geben und die eine unabschbare Erschwerung der Wiedervereinigung Deutschlands bedeuten, verlangt Frankreich auch noch den Verzicht auf die Saar, die rechtens, wenn leider auch nicht de facto, Bestandteil Deutschlands und Gebiets- teil der Bundesrepublik ist. Dieses Verlangen ist unerfüllbar. Es ist inzwischen sonnenklar geworden: Was Frankreich will - in Paris und Saarbrücken ist es immer wieder bestätigt worden - bleibt die Trennung der Saar von Deutschland. Das ist der Inhalt des Wortes "Europäisierung". Keine Bonner Regierung hat das Recht, einen direkten oder mittelbaren Verzicht auf die Saar auszusprechen, auch wenn der Vorbehalt der "Vorläufigkeit" der Lösung gemacht wird. Ein Bundestag, der etwa einer Regierung bei solchen Lösungen folgen wollte, würde den Anspruch aufgeben, in der deutschen Wiedervereinigung das erste und oberste Ziel seiner Politik zu sehen.

Die Frage der deutschen Einheit ist unteilbar, sie ist im Osten und im Westen zu beantworten. Unteilbar ist aber auch der Wille zur Einigung des ganzen freien Europas. Dieses Europa wird nur werden, wenn an seinem Anfang die Anerkennung der Rechte seiner Glieder steht, aber nicht, wenn unter europäischen Panfarenstößen nationale Machtpolitik eines Staates gegen den anderen praktiziert wird. Es geht an der Saar nicht um den EVG-Vertrag, sondern darum, daß Frankreich das Recht wieder zum Leitsatz seiner Saarpolitik macht und darüber hinaus seinen Willen zur europäischen Partnerschaft durch die Tat beweist.

Wenn Frankreich künftig die Saarfrage nicht so vorwiegend, ja fast ausschließlich vom Standpunkt einer nur national bestimmten Politik aus behandeln, sondern seinen Worten von der europäischen Partnerschaft die Taten folgen lassen will, dann ist die Erklärung überfällig, daß es auf die kalte Annektierung eines nach internationalem Recht und nationalem Charakter deutschen Gebietes verzichtet. Was Frankreich gegenwärtig verlangt, hat mit europäischer Politik nichts zu tun. Selbst wenn die Bundesregierung eine andere Rechtsstellung als die gegebene hätte, könnte sie dieses Verlangen um der Sache der Vereinigung ganz Europas willen nicht erfüllen.

+ + +

Kompromiß in Sicht

Das Tauziehen um die Suezkanal-Zone

F.S.-London, Anfang November

"Für Lord Randolph Churchill war die gesamte Politik der Einmischung ein abscheulicher Fehler und eine vollendete Verletzung liberaler Prinzipien". So beschreibt Sir Winston die Auffassung seines Vaters über den Einmarsch britischer Truppen, die 1882 einen Aufstand in Ägypten niederschlugen und dort bis 1936 als Besatzungsarmee verblieben. In diesem Jahre wurde Ägypten ein selbständiger Staat nach Abschluß eines Vertrages, der 1956 endet. Er enthielt die Klausel, daß ein britischer Truppenkörper von 10000 Mann zum Schutz der Kanalzone verbleibt, eine Zahl, die sich während und nach der letzten kriegerischen Auseinandersetzung verachtfachte. 1951 erkannte, noch unter dem König, Ägypten den Vertrag mit England nicht mehr an. Es verlangte die Zurückziehung der britischen Besatzung, eine Forderung, die auch General Naguib übernahm.

Die Räumung der Kanalzone wird zweifellos zu schwer übersehbaren politischen Konsequenzen führen. Hier würde eine strategische Stellung fallen, die, abgesehen von der internationalen Bedeutung des Suez-Kanals, eine Basis nicht nur für das Verteidigungssystem im Nahen Osten darstellt. Sie gewährt außerdem die Verbindung zu Indien, Pakistan, Australien, Neu-Seeland und beeinflußt die französische Position in Nordafrika ebenso wie die Situation der Türkei, Griechenlands und Jugoslawiens. Hinzu kommt, daß auch der Vertrag mit dem Sudan, wo gegenwärtig Neuwahlen stattfinden, in Gefahr gerät. Der Sudan hat eine gemeinsame britisch-ägyptische Verwaltung unter der Leitung eines englischen General-Gouverneurs. Churchill ging in seiner Rede am 11. Mai so weit, daß er sagte, daß an dieser strategischen Stellung (der Kanalzone) "jedes Mitglied der NATO direkt interessiert ist".

Die überragende Bedeutung der Frage veranlaßte Churchill, mit der amerikanischen Regierung in Verbindung zu treten, bevor sich das britische Kabinett entschloß, sich an einer Konferenz zu beteiligen, die von General Naguib vorgeschlagen wurde. Staatssekretär Dulles erschien in Kairo, hatte aber mit seinen Verhandlungen keinen Erfolg. Danach hat Kairo unmißverständlich erkennen lassen, daß man in Zukunft auf eine amerikanische Vermittlerrolle verzichte.

Schmerzliche, unvermeidbare Entscheidung

Großbritannien erkennt, wie Oppositionsführer Attlee ausführte, "daß eine Basis in Ägypten gegen den Willen der Ägypter ein sehr schwacher Stützpunkt ist, gleichgültig, wie gut er ausgerüstet wird. Ich denke, wir alle wollen unsere Truppen zurückziehen". In einer Regierungserklärung am Schluß der vergangenen Parlamentssession war zwar ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß sich die Regierung um eine Beilegung des Konflikts bemühe, daß jedoch die Sicherheit des Nahen Ostens und der Kanalzone zu gewährleisten sei. Diese Erklärung, in einem Augenblick abgegeben, in dem sich die Verhandlungen in einem sehr weit fortgeschrittenen Stadium befinden, deutet einen Kompromiß an. Nach dem "Observer" soll er so aussehen:

1. Alle britischen Truppen sollen die Kanalzone innerhalb 18 Monaten nach Unterzeichnung des Abkommens verlassen.
2. Die Briten sollen nur dann berechtigt sein, zurückzukehren, wenn
 - a) Ägypten angegriffen wird;
 - b) ein Mitglied der Araberliga angegriffen wird;
 - c) die UNO Großbritannien zur Intervention ermächtigt.
3. In der Zone bleiben höchstens 4000 Techniker, die in einem Zeitraum von sieben Jahren allmählich zurückgezogen werden.
4. Großbritannien wird die Basis auf seine Kosten unterhalten und zu periodischen Inspektionen berechtigt sein.

Ohne Zweifel sind die militärischen Ratgeber des britischen Kabinetts für die Räumung der Kanalzone, die in jedem Falle in drei Jahren fällig wird. Was die Annahme der Ratschläge von militärischer Seite verzögert, sind weniger außenpolitische Erwägungen, als innenpolitische Hemmungen. Außenminister Eden hat mit starkem Widerstand eines großen Teiles seiner Parteifreunde zu rechnen, die jeden Gedanken einer Aufgabe Ägyptens und der Kanalzone als unvereinbar mit der Existenz des Commonwealth zurückweisen, was schon während des Parteitages offen zum Ausdruck kam. In einer Fraktionsbesprechung in der vorigen Woche konnte auch Churchill die rebellierenden Kreise der Fraktion nicht überzeugen und beruhigen. Aber am Ende dürfte doch ein Kompromiß von der angedeuteten Art stehen.

+ + +

Berliner Sozialdemokraten verlangen Garantien

w - Berlin

Nach einer überraschend kurzen Verhandlungsdauer von nur drei Stunden legte der Landesparteitag der Berliner SPD Dienstag abend die Voraussetzungen fest, unter denen die SPD bereit ist, mit den anderen Parteien im Senat von Berlin weiterhin zusammenzuarbeiten. Es sollen die in der letzten Regierungserklärung Ernst Reuters vom April 1952 festgelegten Richtlinien eingehalten werden: Jede beabsichtigte Änderung könne nur in Übereinstimmung aller im Senat vertretenen Parteien erfolgen.

Nachdem der SPD durch die Entscheidung der CDU und FDP nach dem Tode Ernst Reuters der Regierende Bürgermeister nicht zugestanden worden ist, fordert sie jetzt neben dem Stellvertreter des Regierenden Bürgermeisters eine Vertretung im Senat, also der Regierung von Berlin, die ihrem politischen Gewicht als der weitaus stärksten Partei in Berlin gerecht wird. Erneut erhebt die SPD Anspruch auf die Senatsverwaltung für Inneres, deren Führung ihr bereits bei den Verhandlungen über die Senatsbildung nach der Wahl vom 3. Dezember 1950 von den bürgerlichen Parteien zugestanden worden war, falls sie den Regierenden Bürgermeister nicht stellen würde.

Die Verhandlungskommission der SPD wurde vom Landesparteitag beauftragt, auf der Grundlage der oben formulierten Forderungen mit den anderen Parteien eine Verständigung herbeizuführen. Sollte sie nicht möglich sein, befürwortet die SPD baldige Neuwahlen, bis zu denen der jetzt amtierende Senat die Geschäfte fortzuführen hätte. Ausdrücklich betonte der Landesparteitag die Entschlossenheit der SPD, die Verantwortung für den weiteren Aufbau und die Sicherheit Berlins mit zu tragen. Der Landesparteitag der Berliner SPD war getragen von dem einmütigen festen Willen, das Werk Ernst Reuters fortzuführen, Berlin aber nicht im Sinne der augenblicklichen Gleichschaltungsbestrebungen "verbönnern" zu lassen, wie der Berliner SPD-Vorsitzende Franz Neumann in seinem Bericht über die bisher geführten Parteienverhandlungen ausgeführt hatte.

Auf dem Landesparteitag wurde von den Delegierten immer wieder

die Enttäuschung über das Verhalten der nichtsozialdemokratischen Parteien in den bisherigen Koalitionsverhandlungen seit dem Tode Ernst Reuters zum Ausdruck gebracht. Diese Parteien sprechen zwar in offiziellen Verlautbarungen immer wieder davon, daß sie gewillt seien, die Politik Ernst Reuters fortzuführen, fordern tatsächlich aber eine Politik, die dem Geiste Ernst Reuters und seiner letzten Regierungserklärung widerspricht. So wollen sie u.a. im Gegensatz zur bisherigen Senatspolitik die Auflösung der in Berlin noch einheitlichen Krankenversicherung durch Wiederezulassung von Betriebs-, Innungs- und Ersatzkrankenkassen, so daß für die Krankenversicherungsanstalt Berlin nur noch die Versicherung der schlechten Risiker übrig bliebe. Mit Hinweis darauf, daß damit für die armen und ärmeren Bevölkerungsschichten Leistungsverlechterungen eintreten würden, lehnt die SPD unter Berufung auf die letzte Regierungserklärung Reuters, der die drei im Berliner Parlament vertretenen Parteien zugestimmt hatten, solche Ansinnen solange ab, wie die soziale und wirtschaftliche Situation Berlins noch weit unter dem Niveau der Bundesrepublik liegt.

Mehrfach wurde auf dem Landesparteitag der SPD zum Ausdruck gebracht, daß bereits mit der Wahl Dr. Schreibers (CDU) zum neuen Regierenden Bürgermeister gegen die Stimmen der SPD die Grenze des Erträglichen für die SPD erreicht worden sei. Die Verhandlungen um die Bildung des neuen Senats werden jetzt von dem Regierenden Bürgermeister umgehend wiederaufgenommen.

+ + +

Grenzen des guten Willens

gs - Düsseldorf

Worrrhein-Westfalens Ministerpräsident, Karl Arnold, Gewerkschafter und früher einmal eine Art Garant für das soziale Ahlener CDU-Programm, hat in den Sommerferien des Parlamentes seines Landes bekanntlich die drei Ministerien für Wiederaufbau, Soziales und Arbeit zu einem einzigen zusammengelgt. Minister blieb der bisherige Wiederaufbauminister, die beiden anderen, darunter der Gewerkschafter Arbeitsminister Ernst, mußten gehen.

Nun hat gewiß niemand etwas gegen eine vernünftige Verwaltungsreform, ganz im Gegenteil, und auch nichts dagegen, daß im Zuge einer

solchen Maßnahme personelle Opfer gebracht worden, bisher selbständige Verwaltungssektoren zusammenwachsen. Aber es heißt den Sinn einer Reform dieser Art in ihr Gegenteil verkehren, wenn die sichere Folge in der Überbelastung und Überforderung eines einzelnen Mannes besteht.

Greifen wir das Gebiet des früheren Arbeitsministeriums heraus, das morgen vielleicht Abteilung III des neuen Ministeriums sein kann. Um nur wenige der wichtigsten Aufgaben zu nennen: Gewerbeaufsicht, Arbeitsrecht, Berufsausbildung und Berufsförderung, Tarifpolitik und Schlichtungswesen und vieles andere mehr. Das beinhaltet, noch dazu in einem Lande wie Nordrhein-Westfalen mit seinen 14 Millionen Einwohnern, seiner schwerindustriellen Struktur und seiner in vieler Hinsicht beispielgebenden Position für weitere große Teile des Bundesgebietes eine solche Fülle von Einzelproblemen und notwendigen Aktivitäten, daß sie die Arbeitskraft eines Mannes voll in Anspruch nehmen.

Will er daneben die umfangreichen Obliegenheiten des Wiederaufbaues und der Sozialpolitik eines so großen Landes mit der gebotenen Sorgfalt und Gründlichkeit verwalten, d.h. nicht als ein Mann, der sich damit begnügt, "über den Wassern zu schweben", dann ist er eben überfordert.

Ministerpräsident Arnold hat in einer Antwort auf eine sozialdemokratische Frage gesagt, der soziale Charakter der Regierung und des Landes werde durch die Zusammenlegung nicht geschwächt werden. Das ist aber zunächst nicht mehr als eine Behauptung und eine Versicherung. Gewiß wird auch der gute Wille aller an führender Stelle Beteiligten, so in erster Linie des neuen Leiters des dreigecointen Ministeriums, nicht bezweifelt werden können, aber diesem Willen sind natürliche Grenzen gesetzt, die man erkennen und aus denen man die erforderlichen Konsequenzen ziehen sollte.

+ + +

Verantwortlich: Peter Rannau